



# STANDPUNKTE 33 / 2010

DIETER KLEIN

## DIE WELT, IN DER WIR LEBEN

BEITRAG AUF DER ROSTOCKER REGIONALKONFERENZ ZUM PROGRAMM-  
ENTWURF DER LINKEN, SEPTEMBER 2010

Der international hoch anerkannte Literaturwissenschaftler Professor Hans Mayer, der nach Jahren des Exils und einem Intermezzo in Frankfurt am Main fünfzehn Jahre hindurch an der Leipziger Universität seine Studentinnen und Studenten faszinierte, zitierte gern ein Epigramm von Karl Kraus, um unproduktiven Entgegensetzungen zu widersprechen:

«Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen, die darunter oft leider zerfällt. Immer noch meint ihr, es geht um Meinungen, aber der Widerspruch ist in der Welt.»

Die Widersprüche selbst sind Teil der realen Welt. Und die einen machen sich zum Sprecher oder zur Sprecherin des einen Pols von Widerspruchsverhältnissen, die anderen artikulieren den anderen Pol – obwohl doch nur beides zusammen die wirkliche Welt ausmacht. Die DDR hielt solche Dialektik nicht aus – Hans Mayer musste die DDR verlassen.

Lasst uns mit den Widersprüchen der Welt, in der wir leben, und mit den Widersprüchen in unserer Partei mit dem gebotenen wechselseitigen Respekt und unterwegs zu einer politischen Kultur des Argumentierens, des Zuhörens, des Lernens und der Toleranz umgehen. Das ist meine Bitte an diese Tagung. In einer Gesellschaft, die solche Kultur permanent ausschließt oder bedroht, steht der gesamten Linken eine solidarische politische Kultur gut an. Allerdings – dies ist auch für sie häufig mehr Aufgabe als bereits Normalität.

Der vorliegende Programmentwurf spiegelt die Situation in unserer Partei wider. Das gilt für eine starke Übereinstimmung in vielen wesentlichen Fragen, etwa in den elf Forderungen, die in der Präambel skizziert werden. Das betrifft aber in anderen Fragen auch Differenzen. Es trifft zu, dass der Entwurf nicht in einem Guss einer einheitlichen Logik folgt. Zu einer Reihe von Problemen finden sich unterschiedliche und gegensätzliche Formulierungen. Das entspricht der gegenwärtigen Verfasstheit der Partei und der gemeinsamen Auffassung in der Programmkommission, dass unterschiedliche Auffassungen nicht verschwiegen und verdrängt werden sollten, sondern dass wir mit ihnen produktiv umgehen müssen.

Da heißt es beispielsweise in der Präambel: «Wo vor allem der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie» – kein Raum also. Aber im Abschnitt IV. 2. lesen wir dann: «Deshalb

muss die repräsentative parlamentarische Demokratie durch direkte Demokratie erweitert werden.» Da ist also wohl doch ein Raum, den DIE LINKE anerkennt, um ihn auszuschöpfen. In vielen Ländern haben sich linke Parteien immer wieder in ihrer Geschichte und auch in den letzten Jahren gespalten. Die PDS, die WASG und DIE LINKE haben die Kraft gefunden, ihre Identität miteinander zu entwickeln. Die kommenden Kämpfe werden genau dies uns auch künftig abfordern. Das sollten wir verinnerlichen.

In der Diskussion wird nun die Auffassung vertreten, dass es in der Programmdebatte wesentlich darum ginge, den vorliegenden Entwurf zu verteidigen. Aber sollen die Mitglieder an der Basis der Partei den Entwurf wirklich vor allem diskutieren, um ihn zu bestätigen? Sollte es nicht mehr darum gehen, ihm durch die Erfahrung und das Wissen der Vielen mehr Substanz zu geben? Für Probleme, die hinter den differierenden Auffassungen stecken, Lösungen zu finden? Deutlicher zu machen, welche positiven Projekte alternativer Akteure zu einer Gesamtalternative zu verbinden sind? Dem Programm stärker einen Geist des Aufbruchs zu verleihen?

Wenden wir uns unserem Thema zu: «Die Welt, in der wir leben.»

### 1. KAPITALISMUS ODER KAPITALISMUS UND MEHR?

Thies Gleiss hat den Programmentwurf dazu so gelesen: Wir dürfen uns an klaren Begriffen freuen. «Die Gesellschaft, in der wir leben, heißt Kapitalismus.» Und die Urteile dazu lauten schon in der Präambel: «inhuman», «kein Raum für Demokratie», «Unfreiheit», «entrechtet», «ausgebeutet», «entmündigt», «allgegenwärtig Zerstörung industrieller Kapazitäten». Alle diese Züge hat der Kapitalismus tatsächlich. Und darin stimmt wohl die große Mehrheit unserer Mitgliedschaft überein: Die ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft, in der wir leben, ist kapitalistisch. Das heißt, Wirtschaft und Gesellschaft sind profitdominiert. Und wir stimmen darin überein: die Dominanz des Profits als Entscheidungsmaßstab letzter Instanz ist unverträglich mit dem zentralen Maßstab einer solidarischen Gesellschaft, mit der Grundidee des demokra-

tischen Sozialismus, der freien Entfaltung der Individualität und Persönlichkeit einer und eines jeden und der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen diese Profitdominanz – nicht gleichzusetzen mit der Anerkennung unternehmerischer Gewinninteressen – daher überwinden. Aber eine linke Analyse der Gesellschaft, in der wir leben, darf sich nicht auf diese kapitalistische Grundstruktur beschränken. Zu ihren Grundstrukturen gehören das Patriarchat und hierarchische Herrschaftsverhältnisse, die mit Verweis auf ethnische Verschiedenheiten oder Rasse begründet werden. Rechtsgerichtete Parteien in West- und Osteuropa, der Einfluss solcher Figuren wie Geert Wilders in den Niederlanden, die Ausweisung von Roma aus Frankreich, Nacht- und Nebel-Abschiebungen von kosovarischen Roma auch aus der Bundesrepublik und der Widerhall Sarrazins in Deutschland verweisen auf Gewicht und Gefährlichkeit fremdenfeindlichen und rassistischen Denkens.

Dabei geht es nicht um einen Hauptwiderspruch und abgeleitete Nebenwidersprüche, sondern in der weiteren Arbeit am Programm ist die wechselseitige Verschränktheit der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse – die herrschaftliche Ausbeutung der Natur eingeschlossen – zu einer Gesamtheit von Produktions- und Machtverhältnissen noch deutlicher zu machen. Emanzipation sollte immer auf die Überwindung dieser Gesamtheit zielen. Regina Stosch hat das in ihrem Diskussionsbeitrag im «Neuen Deutschland» vom 13. September deutlich gemacht. Dann würde die von Frigga Haug herausgearbeitete Vier-in-Eins-Perspektive von Alternativen – nämlich Perspektiven für die Erwerbsarbeit, für die Reproduktionsarbeit in der Familie oder in weiteren zwischenmenschlichen Beziehungen, für die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und für die individuelle Weiterbildung und Muße – logischer aus der Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft hervorgehen.

Aber nochmals: Ist mit der Kategorie Kapitalismus die Welt, in der wir leben, wirklich in ihrer Widersprüchlichkeit erfasst? Wenn das zuträfe, hätte die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weiter nichts als ein durch und durch falsches Bewusstsein über ihre Lebenswirklichkeit. Und die Linke hätte sie über dieses falsche Bewusstsein aufzuklären. Richtig ist, diese Mehrheit empfindet die Gesellschaft als ungerecht, nimmt die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wahr und hat Ängste um die Zukunft der Kinder.

Aber diese Mehrheit wendet sich in Europa trotz dieser Befindlichkeiten und Erfahrungen nicht der Linken zu. Nicht allein deshalb, weil 67 Prozent der deutschen Bevölkerung derzeit keine vernünftige Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem erkennen und weil 64 Prozent nicht an eine durchsetzbare Alternative glauben (Infratest DIMAP, 2010). Sondern auch deshalb, weil sie in unserer Gesellschaft für sich auch ein Stück – wenngleich bedrohten – Wohlstand errungen haben. Weil viele – trotz der empörenden Bindung von Bildungschancen an die soziale Herkunft – Aufstieg durch Bildung erleben. Weil sie der technische Fortschritt beispielsweise in den Informations- und Kommunikationstechnologien in ihrer Arbeit und Freizeit fasziniert. Weil sie – trotz der Missachtung der Mehrheitsmeinungen zum Mindestlohn, zu Rente mit 67, Krieg in Afghanistan oder Stuttgart 21 – die repräsentative Demokratie auch als Chance für Veränderungen begreifen. Weil ihnen der Rechtsstaat – obwohl er keine Gerechtigkeit garantiert – als hohes Gut gilt.

Kurz, wir leben in einer modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die mit ihrem hohen Produktivitätsniveau, demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, mit Prozessen der Individualisierung trotz deren vielfacher Verkehrung in individualistische Ellenbogenkonkurrenz, mit internationaler Kooperation trotz ruinöser globaler Verdrängungskonkurrenz, mit der Öffnung zu anderen Kulturen, mit wunderbaren Möglichkeiten der modernen Medizin trotz der Zwei-Klassen-Tendenzen im Gesundheitswesen Entwicklungspotentiale, Evolutionsräume und Lebenschancen bietet. Der Kapitalismus selbst ist es, der beides hervorbringt: die Kapitallogik und die soziale Logik. Denn es ist die Kapitalverwertung, die Lohnabhängige und andere Akteure zu Widerstand und sozialen Alternativen herausfordert.

«Der Widerspruch ist in der Welt» – die kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaft ist die tiefste Wurzel einer möglichen Klimakatastrophe, der Zerstörung der Biodiversität, des Hungers und längst heilbarer Massenkrankheiten in großen Erdregionen, von Rüstung und Kriegen und atomarer Bedrohung, von prekären Lebenslagen, Niedriglohnarbeit und Ausgrenzungen. Sie ist dies im Verein mit patriarchalischer Herrschaft, mit internationalen Nord-Süd-Herrschaftsverhältnissen und mit anderen differenzierteren Ursachen.

Wenn unsere Gesellschaft reduzierbar wäre auf Kapitalismus, gäbe es nur die Kapitallogik und sonst nichts, müsste eine sozialistische Strategie ausschließlich auf einen revolutionären Bruch zielen. Aber da sind umkämpfte Widerspruchsverhältnisse: zwischen dominanter Profitlogik und Sozialstaatlichkeit, zwischen Vorherrschaft der kapitalistischen Machteliten und demokratischen Gegenmächten, zwischen patriarchalischer Herrschaft und feministischen Alternativen, zwischen kapitalistischer Aneignung und demokratischer Teilhabe, zwischen kapitalistischen Schranken und modernen Entwicklungspotentialen. Der Staat ist nicht allein das Herrschaftsinstrument der Ausbeuter, sondern zugleich das materialisierte Kräfteverhältnis zwischen den gegensätzlichen gesellschaftlichen Akteuren. Er ist eine Arena der Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Milieus (Nicos Poulantzas). Wenn dies aber so ist, dann gilt zwar: die Dominanz des Kapitaleigentums und kapitalistischer Macht muss überwunden werden! Und Respekt denen, die diesen Anspruch mit aller Klarheit betonen. Aber die Entwicklungspotenziale der bürgerlichen Gesellschaft müssen gerade durch die Linke ausgeschöpft, entfaltet und als Ansätze linker alternativer Politik genutzt werden. Und Respekt denen, die ihre Arbeit darauf konzentrieren. Allerdings, mit Niederlagen werden wir bezahlen, wenn wir nicht beides zusammenführen!

Dann heißt das, dort zu sein, wo alternative Akteure, wo Bürgerinnen und Bürger um eigene demokratische Interessen kämpfen, wo Kommunen die Re-Kommunalisierung von privatisierten Stadtwerken betreiben, wo partizipative Chancen der digitalen Welt gegen deren Kommerzialisierung und gegen ihren Missbrauch als überwachungsstaatliches Medium gesetzt werden, wo die open-source-Bewegung vorführt, dass die Assoziation freier Softwareproduzenten der Produktion in privater Verfügungsgewalt überlegen sein kann, wo Gewerkschaften neue Anläufe zur geschlechtergerechten Verkürzung der Arbeitszeit machen, wo feministische Kräfte, wo junge Leute nach einer garantierten sozialen Absicherung selbstbestimmter Kombinationen zwischen Erwerbsarbeit,

häuslicher Reproduktionsarbeit, gesellschaftlichem Engagement, Bildung und Muße suchen, wo direkte Demokratie praktiziert wird.

Dann heißt dies, in solchen irdischen Kämpfen Erfahrungen mit den durch die kapitalistischen Grundstrukturen gesetzten Schranken, die auf die Notwendigkeit grundsätzlicher Einschnitte hindeuten, in das Bewusstsein der Beteiligten zu heben. Beispielsweise werden in der partizipativen Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene schnell Grenzen der Finanzierung erkennbar, die aus einer ungerechten Steuerpolitik zugunsten von Superreichen und Großunternehmen resultieren.

Wenn wir also in einer modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leben, profitdominiert mit allen zerstörerischen Folgen und zugleich mit hart erkämpften Evolutionspotenzialen, dann ergibt sich aus solcher Analyse, dass für die Linke das Gebot nicht heißt: entweder Reform oder revolutionärer Bruch, sondern beharrlicher Kampf um machbare Reformen noch unter kapitalistischen Bedingungen, Verdeutlichung der durch kapitalistische Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse, durch patriarchale und andere hierarchische Verhältnisse gesetzten Widerstände und Orientierung auf die Zurückdrängung und Überwindung dieser Verhältnisse über die Grenzen des Kapitalismus hinaus. Nicht Reform oder Revolution, sondern Transformation!

Die Wechselwirkung von Reformen und revolutionärer Tiefe der Veränderungen, auf die eine radikale Realpolitik zielt, wird in einem zusammenfassenden Abschnitt des Programmtextes betont: «Die LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet.»

Das bedeutet auch: Nicht Opposition *oder* Regierungsbeteiligung, sondern alternative linke Politik, eigenes Profil und zugleich Bereitschaft zur Kooperation mit anderen in der Opposition und in der Regierung sowie zu Kompromissen unter der Voraussetzung der Stärkung demokratischer Alternativen.

Im Mainstream der Medien gelingt es noch immer, die Linke vielen Menschen als die Kraft der Verneinung erscheinen zu lassen, als die, die nur enteignen wollen, als die Unberechenbaren. Und manche in der LINKEN bieten dafür zuweilen Anlass. Aber wir sind zuständig für Bewahrung des Verteidigungswertes, für die gemeinsame Suche mit Bürgerinnen und Bürgern nach konstruktiven Lösungen. Allerdings auch dafür, den Machtverhältnissen auf den Grund zu gehen und sie zusammen mit anderen zu verändern, wo sie einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Wir unterscheiden uns damit deutlich von SPD und Grünen, wenn diese Eigentums- und Machtverhältnisse in Programmatik und praktischer Politik weitgehend ausklammern.

## **2. DIE BÜRGERLICH-KAPITALISTISCHE GESELLSCHAFT IN EINER SCHEIDEWEGSITUATION**

Ich referiere hier nicht die Krisenanalyse, die im Programmtext gegeben wird. Wir haben dort konstatiert, dass der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg schon in den siebziger Jahren in eine Krise geriet. Der in langen Kämpfen errungene so genannte fordistische Klassenkompromiss wurde von den Herrschen-

den aufgekündigt. Die Phase des neoliberalen Kapitalismus begann, in der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung zu Gunsten des Marktradikalismus der Weg zur Lösung der Probleme sein sollte. In Gestalt des Finanzmarktkapitalismus wurde das neoliberale Marktdogma auf die Spitze getrieben.

2008/2009 mündete dieser neoliberale Kapitalismus in eine mehrdimensionale Krise ein. Finanzkrise und zyklische Weltwirtschaftskrise entfalteten sich auf dem Hintergrund einer tiefen Krise der Umwelt, die in eine Klimakatastrophe zu führen droht und fortschreitend die Artenvielfalt zerstört. Derweil reißt die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt erneut auf. Die Zahl der absolut Hungernden stieg von 854 Millionen im Jahr 2007 auf 1,02 Milliarden im Jahr 2009. Fast 40 Länder gelten als failing states, als Länder mit einem verfallenden Staat ohne Recht und Ordnung, die in Korruption und Gewalt versinken. Und die Vision Obamas von einer atomwaffenfreien Welt ist noch überlagert von der andauernden Gefahr eines atomaren Krieges. In vielen Ländern dauern bewaffnete Konflikte und Kriege an.

Die Verflechtung aller dieser Gefahren hat zu einer tiefen Gesellschafts- und Zivilisationskrise geführt. Für einen kurzen historischen Moment sahen sich selbst die inneren Machtzirkel am Rande des Abgrundes. Diskreditiert die Marktideologie und die Herrschenden in einer Akzeptanzkrise. Die Banker, die Repräsentanten der Geldmachtelite, gerieten selbst in den großbürgerlichen Medien an den Pranger.

Und die Linke kann sich bestätigt sehen als diejenige gesellschaftliche Kraft, die diese Krise seit langem kommen sah und die zutreffendste Analyse ihrer Ursachen zu bieten hat. Die europäische Linke präsentierte in der Krise eine Vielzahl wichtiger Forderungen zur Bändigung der Finanzmärkte, zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Abwälzung der Krisenfolgen auf sie und zur Stabilisierung der Wirtschaft durch sozial-ökologische Investitionsprogramme. In Deutschland setzte die Linkspartei politische Themen und begann, andere Parteien zu Korrekturen zu treiben.

Aber als der neoliberale Finanzmarktkapitalismus ins Taumeln geriet, vermochte die gesellschaftliche Linke einschließlich der Partei DIE LINKE nicht, in die öffentliche Suche nach Antworten auf die Krise Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts für eine lebenswerte Zukunft unter den veränderten Bedingungen einzubringen. Als ließe sich eine linke Gesellschaftsalternative auf die Summe einzelner Forderungen reduzieren. Die Linke offenbarte damit ein fundamentales Defizit.

Und paradoxer noch: Nicht die Linke erstarkte in der Krise, sondern die Schuldigen an der Krise und an ungelösten globalen Menschheitsproblemen nahmen selbst nicht ohne Erfolg das Krisenmanagement in die Hand. Sie erwiesen sich als die einzig Handlungsfähigen. Die die Macht haben, vermochten enorme Ressourcen in die Krisenbekämpfung und in die Rettung der Krisenverursacher zu werfen – um die Lasten dieser Intervention in Armutsbeschleunigungsprogrammen auf die SteuerzahlerInnen abzuwälzen.

Die Krise entwickelte sich anders als die Krisen zuvor in mehreren Ländern Lateinamerikas nicht zu einer politischen Herrschaftskrise. Eher war eine Schwächung der Linken in Europa die Folge. In den USA war die Diskreditierung der Republikaner immerhin so groß, dass Obama eine Welle demokratischer Hoffnungen, der Hinwendung zu mehr Gerech-

tigkeit, zu globaler Kooperation, zu Dialog und Verständigung auslösen und sich für kurze Zeit auf eine Mobilisierung von unten stützen konnte. Aber inzwischen gewinnen die reaktionärsten Kräfte an Boden und entziehen Obamas großen Reformprojekten immer mehr Substanz.

Die Krise des neoliberalen Kapitalismus legt auch die Schwächen der Linken bloß und setzt ihre eigene Erneuerung auf die Tagesordnung. Auch dies gehört zu der Welt, in der wir leben. Deshalb muss mit höchster Verantwortung darüber nachgedacht werden, ob der Programmentwurf dieser Herausforderung bereits angemessen entspricht oder nicht.

Die durch die mehrdimensionale Krise entstandene Scheidewegssituation ist noch nicht entschieden. Vieles spricht dafür, dass der Kampf zwischen verschiedenen möglichen Szenarien von Antworten auf die Krise eher noch eine Reihe von Jahren andauern wird. Und da gilt, was Christoph Spehr ganz knapp so formuliert hat: «Wer die Probleme mit Lösungen besetzt, wird die Weichenstellungen gestalten können.» In den USA ist noch nicht entschieden, ob sich für die absehbare Zeit die Anhänger Obamas oder abermals die neokonservativen Kräfte durchsetzen werden. Wird in China das Kapital immer mehr dominieren oder wird die KP Chinas ihre politische Macht künftig stärker auf einen sozialstaatlichen und ökologischen Umbau stützen können und dadurch Raum für einen eigenen Typ der Demokratie gewinnen? Werden die Bauernbewegungen, sozialen Bewegungen und die indigenen Kräfte in Lateinamerika autoritär-zentralistische Entwicklungen stoppen und sozialistische Regierungsansätze in demokratisch-sozialistische Richtungen drängen können? Offen ist, ob der skandinavische Entwicklungsweg von Rückfällen befreit und weiterentwickelt werden wird, ob er vielleicht neue Anziehungskraft für andere Länder gewinnt. Kurz, wir leben in einer noch offenen Situation. Wie müssen beachten, dass sich ganz unterschiedliche Varianten kapitalistischer Entwicklung bereits gegenwärtig abzeichnen und weiter umkämpft sein werden:

1. Eine erste mögliche Entwicklungsvariante ist ein mehr oder weniger unverändertes Weiter so des neoliberalen Kapitalismus mit der Perspektive neuer schwerster Krisen. Zu diesem Weg fühlt sich wohl die FDP hingezogen.

2. Eine zweite Variante ist ein Mix von neoliberalen Grundtendenzen und staatlichen Interventionen zu deren Rettung. Sie ist das Resultat des deutlichen Versagens des Marktradikalismus in der jüngsten Krise und gleichwohl andauernder Macht seiner Exponenten. Das Ergebnis könnte das Paradoxon eines neoliberal-staatsinterventionistischen Kapitalismus und eine instabile zeitweilige Stabilisierung (wie zum Beispiel nach der Staatsverschuldungs- und Eurokrise um Griechenland) sein.

Darauf deuten die absolut unzureichenden halbherzigen Schritte zur Regulierung des internationalen Finanzsystems und das Versagen der Eliten in den Klimaverhandlungen hin. Aber immerhin haben die Herrschenden mit Bankenrettungsschirmen, Konjunkturprogrammen und sozialen Absicherungen wie der Kurzarbeitsregelung einen noch tieferen Absturz in der Krise abgewendet.

Vieles spricht für die Wahrscheinlichkeit dieser Variante – mit Überschneidungen zur Variante 1 – wenn es nicht gelingt, die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Die Merkel-CDU neigt wohl am meisten zu diesem Szenario, rutscht dabei aber in der WählerInnenakzeptanz deutlich ab und erfährt

die innere Widersprüchlichkeit dieser paradoxe Variante in den innerparteilichen Reibungen zwischen den flexibleren und den streng konservativen Fraktionen.

3. Eine dritte Variante könnte ein postneoliberaler Kapitalismus werden. Stark unter dem Einfluss der parteiförmigen und der nicht parteiförmigen Grünen und mitgetragen von der Sozialdemokratie würden staatliche und zivilgesellschaftliche Interventionen einen Green New Deal, einen grünen Kapitalismus, vorantreiben. Kapitalistische Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse würden die Entfaltung einer neuen Soziallogik in der Richtung skandinavischer Staaten aber immer wieder beschränken und auch der Umweltpolitik Grenzen setzen. Diese Variante würde sich bewegen zwischen dem Rückfall in die Varianten 2 oder gar 1 und der Möglichkeit der Öffnung für weitergehende ökosoziale Transformationsprozesse.

Aber solange die SPD sich zwar vorsichtig vom Schröder-schen Neoliberalismus absetzt, sich aber nicht für einen deutlichen Richtungswechsel nach links entscheiden kann und solange der Druck durch die Linke und die Anziehungskraft ihres Politikangebots nicht weit stärker werden als bisher, sind die Chancen für eine progressive Ausgestaltung dieser Variante auf Bundesebene gering.

4. Weniger wahrscheinlich als die Variante 1 und 2, aber nicht auszuschließen ist eine fortschreitende Entzivilisierung des Kapitalismus. Eine Eskalation ungelöster Probleme, der Verlust der Fähigkeit zur Einbindung großer Bevölkerungsteile in die herrschende Politik und die neuerliche Zusammenballung großer Krisen könnte durch die reaktionärsten Teile der Machteliten mit autoritären Regimen, Rechtsextremismus, Gewalt, Militarisierung, Rassismus und Kriegen beantwortet werden. Starke Tendenzen dieser Art wirken vor allem in den USA, aber auch in europäischen Ländern bereits gegenwärtig.

5. Eine ökosoziale Reformalternative, die sich als solidarische Gesellschaft zu einem demokratischen Sozialismus öffnet, ein alternatives Gesellschaftsprojekt in großer Vielfalt ist eine fünfte mögliche Entwicklungsvariante in der Verantwortung der europäischen und internationalen Linken.

Diese Alternative wird der Gegenstand des dritten Teils unserer Konferenz sein. Aber zur Analyse der Welt, in der wir leben, gehört, elementarste Anforderungen an eine linke Gesellschaftsalternative deutlich zu machen. Und zu fragen ist, ob und wie DIE LINKE diesen Anforderungen gegenwärtig entspricht. Denn wir selbst sind Teil der Welt, in der wir leben.

### **3. DREI PROGRAMMATISCHE LEITIDEEN DER LINKEN**

Der Programmentwurf für das alternative Gesellschaftsprojekt eines demokratischen Sozialismus orientiert in der Präambel auf die Verknüpfung von drei Grundideen.

1. «Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft, in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.» Eine solidarische Gesellschaft, ein demokratischer Sozialismus wird libertär verfasst sein.

Soziale Gleichheit und ein selbstbestimmtes Leben werden nicht Resultate der Marktkonkurrenz sein. Sie erfordern ein neues erstrangiges Gewicht des Öffentlichen – öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge, öffentlichen Eigentums,

öffentlicher Räume, öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung und der Beteiligung der Öffentlichkeit an demokratischen Entscheidungsprozessen. Der Stärkung des Öffentlichen sollte in der Arbeit am Programmwurf noch größeres Gewicht gegeben werden.

2. «Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.»

Dafür ist eine erhebliche Veränderung in der Programmatik der Linkspartei und eine neue Zentralität der Umweltpolitik in ihrer Praxis unabdingbar. DIE LINKE hat auf diesem Überlebensfeld die starke Herausforderung durch die Grünen im deutschen Parteienspektrum noch nicht angenommen. Sie hat dafür jedoch eine strategische und konzeptionelle Chance. Die Grünen verstehen den von ihnen angestrebten Green New Deal als grünen Kapitalismus. Es ist vor allem der Markt- und Profitmechanismus, der eine nachhaltige Entwicklung bewirken und orientiert auf grüne Technologien Arbeitsplätze schaffen soll. Die Chance der LINKEN besteht darin, im Unterschied zu den Grünen auf die für einen sozialökologischen Umbau notwendigen Veränderungen in den Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnissen zu drängen, die Profitdominanz infrage zu stellen, eine Überschätzung marktkonformer Instrumente wie die totale Verpreisung und Zertifizierung der Natur zu vermeiden, aber durchaus Marktinstrumentarien in politisch gesetzte, demokratisch erarbeitete Ziele und Standards, in Strukturpolitik, Ge- und Verbote einzufügen und vor allem konsequent für soziale Gerechtigkeit als Bedingung des ökologischen Strukturwandels zu wirken. Green Democratic Socialism ist eine wirkliche Alternative, vorzustellen als zugleich sozialer, ökologischer und libertärer Transformationsprozess.

Ein zentrales Problem einer sozialökologischen Transformation, das hier nicht näher behandelt wird, ist die Verarbeitung eines fundamentalen Umschlags. Seit der Entfaltung des Kapitalismus hat das Wirtschaftswachstum (das heißt der Zuwachs von Gütern und Leistungen in einem bestimmten Zeitraum/Jahr, ausgedrückt als deren Preissumme = Bruttoinlandsprodukt) einen früher nicht vorstellbaren Reichtum hervorgebracht. Wachstum begünstigte stets die relative Lösung sozialer Probleme. Im Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer progressiver Kräfte konnte insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch der Lebensstandard der Lohnabhängigen beachtlich angehoben werden. Unternehmer und Gewerkschaften waren sich stets einig in der Bejahung des Wirtschaftswachstums – wenn auch nicht über die Verteilung seiner Ergebnisse.

In den letzten Jahren bringt das Wachstum immer noch Reichtum hervor, schlägt aber zugleich um in einen Prozess der Zerstörung. Der Amerikaner Herman Daly spricht daher von «antiökonomischem Wachstum». Natürlich ist Wachstum in absehbarer Zeit für Entwicklungs- und Schwellenländer, die elementares Elend überwinden müssen, noch unverzichtbar. Aber für breite Bevölkerungsteile in den Industrieländern führt das Wirtschaftswachstum kaum noch zur Steigerung der Wohlfahrt, wohl aber zur Zerstörung der Natur.

Bis zum Jahr 2050 muss der Verbrauch von fossilen Energieträgern und anderen wichtigen Rohstoffen im Vergleich

zu 1990 auf 10 Prozent gesenkt werden. Selbst bei einem jährlichen Nullwachstum würde das bei sonst gleichbleibenden Bedingungen eine Steigerung der Materialproduktivität oder Materialeffizienz auf das 10-fache erfordern. Ein Prozent Wirtschaftswachstum würde eine solche Steigerung auf das 16-fache, 2 Prozent Wachstum auf der 27-fache, 2,5 Prozent auf das 34-fache und die in der Lissabonstrategie der EU-Kommission und von McKinsey auch für Deutschland angepeilte Wachstumsmarke von 3 Prozent sogar eine Erhöhung der Materialproduktivität auf das 44-fache erfordern. Doch dies wird nicht gelingen. Wachstum frisst daher die Entlastungen durch die Verbesserung der Ressourceneffizienz wieder auf, wenn die Rate der Effizienzsteigerung nicht bedeutend viel höher als die Rate des Wirtschaftswachstums ist (Rebound-Effect). Aber die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stößt auf Grenzen.

Die Scheidewegkonstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts verläuft nicht zuletzt zwischen Zerstörung der Biosphäre durch das Festhalten am Wirtschaftswachstum und Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung der Industrieländer beziehungsweise postindustriellen Länder ohne herkömmliches Wirtschaftswachstum.

Die Zukunft der menschlichen Zivilisation wird auf dem Feld des sozialökologischen Umbaus entschieden, durch die Umwälzung der Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse nach dem Maßstab der Bewahrung der Natur und ihrer Gleichgewichte. Das erfordert einen demokratischen Prozess öffentlicher Entscheidungen darüber, welche Bereiche der Gesellschaft und welche Wirtschaftsbranchen wachsen, welche zurück gebaut werden müssen, wo Konversionsprozesse einzuleiten sind und wie dies in sozial verträglicher Weise geschehen soll.

Das ist im Programmwurf gemeint, wenn dort «für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum» plädiert wird. DIE LINKE wird sich entschieden stärker als bisher programmatisch und in ihrer praktischen Politik der Technologieentwicklung und der Strukturpolitik zuwenden müssen.

Nicht weniger wichtig als ein enormer Schub der Entwicklung von Effizienztechnologien wird ein Übergang zu neuen Lebensweisen sein. Nicht zu Askese, natürlich mit einem höheren materiellen Lebensstandard für heute Niedrigverdienende und Ausgegrenzte, aber mit einem Zurücktreten von materiellem Verbrauch im Vergleich zu hochwertiger Bildung, zur Ausschöpfung kulturellen Reichtums, zum Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen und zu mehr freier Zeit für Selbstentfaltung in selbst gewählten Sphären. Hier ist ein weiter Raum für die Entwicklung des Konzepts einer solidarischen Gesellschaft und von konkreten Projekten für sie, für eine linke Vision eines guten Lebens. Ich plädiere für größte Anstrengungen unserer Partei, das eigene Profil auf diesem Feld entschieden zu stärken, dem sozialökologischen Umbau im Programm ein zentrales Gewicht zu geben und ein eigenes Konzept für eine neue Wohlfahrt zu entwickeln. Dafür, dass Menschen nicht vorwiegend danach beurteilt werden, was sie haben und wie gut sie sich «rechnen», nicht nach dem größeren Wagen und den neuesten Klamotten, sondern nach dem, was sie sind, nach dem Reichtum ihrer Persönlichkeit statt nach dem Umfang der Geldkapitalvermögen.

3. heißt es in der Präambel des Programmentwurfs: «Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch den Einfluss demokratischer sozialer und ökologischer Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.»

Demokratischer Sozialismus ist das Ziel einer anderen gerechten Gesellschaft. Er ist aber ebenso als Transformationsprozess dahin zu verstehen, als Orientierung unterwegs zu dieser Gesellschaft an individueller Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Nachhaltigkeit bereits für Reformschritte unter kapitalistischen Bedingungen. Demokratischer Sozialismus ist also auch ein handlungsorientierendes Wertesystem. Und demokratischer Sozialismus bezeichnet einen solidarischen Politikstil statt herrschaftlicher Verfügung.

Ein solcher Transformationsprozess ist angesichts der ungeheuren Dimension der zu lösenden globalen Menschheitsprobleme, angesichts der Kompliziertheit und Komplexität, angesichts der Schwierigkeit, die Kräfteverhältnisse gravierend zu verändern und der Kompromisse, die dabei unumgänglich sind, nicht als ein dramatischer zeitlich geraffter Akt vorzustellen. Dem neoliberalen Kapitalismus wird mit größter Wahrscheinlichkeit als nächste Phase gesellschaftlicher Entwicklung nicht der Sozialismus folgen, sondern unter den günstigsten Bedingungen ein Prozess des Einstiegs und der Herausbildung einer besseren, demokratischeren, stärker sozialen und ökologischen Gesellschaft unterwegs zur friedlichen internationalen Beziehungen – jedoch noch stark durch eine kapitalistische Ökonomie mit allen ihren Widersprüchen geprägt.

Nach der von dem großen Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi beschriebenen ersten Großen Transformation von vorkapitalistischen Produktionsweisen zum Kapitalismus wird die zweite Große Transformation des Übergangs vom Kapitalismus zum demokratischen Sozialismus wahrscheinlich als eine doppelte Transformation verlaufen: als Transformation im Rahmen des Kapitalismus zu einer ökosozialen Reformalternative und gestützt auf weiteren einschneidenden Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und auf das Entstehen sozialistischer Elemente in einer solchen postneoliberalen Phase als Transformation, die über die Grenzen des Kapitalismus hinaus zu einer solidarischen Gesellschaft, zum demokratischen Sozialismus führt – wenn demokratische Mehrheiten in ihren Lernprozessen diesen Weg wählen.

Ein solcher transformatorischer Ansatz linker Strategien hat größte Bedeutung für das Gewinnen und das Zusammenwirken von Akteuren, die eine gerechtere Gesellschaft, aber nicht von vornherein Sozialismus wollen. Er schlägt eine Brücke zwischen einer Realpolitik des Machbaren und einer realitätsgebundenen Gesellschaftsvision. Er macht den Zusammenhang von Reformschritten und revolutionärer Tiefe notwendiger Veränderungen politisch handhabbarer als eine Entgegensetzung von Reform und Systembruch.

#### **4. ZUR VERFASSTHEIT DER DEUTSCHEN LINKEN ALS TEIL DER GEGENWÄRTIGEN WELT**

Anders als in mehreren Ländern Lateinamerikas befindet sich die Linke in Europa in der Defensive. Das betrifft linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Die Linke könnte in einer überaus komfortablen Lage sein. Denn ihre Kritik des Kapitalismus wurde in der Krise so glän-

zend bestätigt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. DIE LINKE in Deutschland konnte in der öffentlichen Diskussion politische Themen setzen: weg mit Hartz IV, gesetzliche Mindestlöhne, Rente nicht mit 67, Abzug aus Afghanistan. Sie hat damit andere Parteien unter Druck gesetzt und manche Veränderung angestoßen. Sie konnte beachtliche Wahlerfolge erbringen, bei der Bundestagswahl 2000 und auf Länderebene.

Die veränderten Bedingungen fordern der LINKEN jedoch erhebliche Selbstveränderung ab. Sie muss sich einer neuen Etappe ihrer Entwicklung stellen. Denn die SPD und die Grünen setzen sich in der Opposition nun teilweise von ihrer früheren Regierungspolitik ab, vertreten ähnliche Teilpositionen wie DIE LINKE und gewinnen gegenwärtig Wählerstimmen, auch weil sie in den Augen der Wählerschaft eher als DIE LINKE Machtoptionen zur Durchsetzung ihrer Politik haben. Die bloße Kritik an SPD und Grünen ginge an dieser veränderten Lage vorbei.

Unter dem Druck zunächst der Krise und der voraussehbaren Abwälzung der Krisenfolgen auf die an der Krise nicht Schuldigen durch die Politik der Schuldigen erwartet die Bevölkerung dringender denn je konstruktive Lösungen für die Fragen, die sie hier und heute bedrücken. Widerstand und Protest bedürfen weit stärker konstruktiver Perspektiven in Gestalt machbarer Projekte, die die Lage besonders der sozial Schwächeren, aber auch der Bevölkerungsmehrheit verbessern. Aber die Wählerschaft sieht derzeit mehrheitlich keine wahrnehmbare, den veränderten Bedingungen und Erwartungen gemäße Erneuerung in der LINKEN. Im Sommer 2001 betrachteten nur 12 Prozent der Deutschen die PDS als eine normale demokratische Partei, im Sommer 2005 sagten dies mit der Aussicht auf die Verbindung mit der WASG bereits 37 Prozent der Befragten von der Linkspartei. PDS. Aber in jüngster Zeit sind es nur noch 25 Prozent, die diese Auffassung vertreten. Dass DIE LINKE sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt, meinten im Sommer 2008 42 Prozent der Deutschen, im Sommer 2010 nur 37 Prozent (Allensbacher Institut, FAZ.NET, 23.8.2010). Wir müssen diese Befragungsergebnisse des Allensbacher Instituts nicht überbewerten. Aber sie verweisen auf wachsenden Veränderungs- und Handlungsdruck.

In einem anregendes Strategiepapier der LINKEN heißt es daher: «DIE LINKE muss ihren Profilierungsmodus umstellen.» «Sie muss ein eigenständiges und zugleich kooperationsfähiges Profil entwickeln.» Ein Profil kritischer radikaler Realpolitik mit so anziehenden, konkreten und mobilisierungsfähigen Politikprojekten, dass SPD und Grüne ihr als möglichem attraktiven Kooperationspartner nicht ausweichen können, gerade weil DIE LINKE ihr eigenes Profil schärft.

Aus dem Blick auf die Welt, in der wir leben, auf die Situation der gesellschaftlichen und der parteiförmigem Linken in Deutschland und aus unseren Werten und Zielen ergeben sich die Aufgaben der Linken. Ich halte hier abschließend zu meinen Überlegungen drei Anforderungen an DIE LINKE fest: *Erstens:* Die Politikangebote der LINKEN müssen so konkretisiert werden, dass ihre Überzeugungskraft und Machbarkeit eine starke Mobilisierung von Akteuren für die Verwirklichung von Projekten auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft ermöglicht.

Wir müssen auf den entscheidenden Politikfeldern im engen Zusammenwirken mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit externem Sachverstand von Expertinnen und Experten

unsere Projekte für den sozial ökologischen Umbau, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, für eine solidarische Erneuerung des Sozialstaates, für Bildung, Gesundheit, Lebensperspektiven junger Menschen und menschenwürdiges Alter, für internationale Solidarität und Frieden bis zu den nächsten notwendigen Schritten konkretisieren und sie wahrnehmbar und überzeugend präsentieren. Dazu gehört Profil unserer Repräsentanten in der Öffentlichkeit und professioneller Umgang mit den Medien, nicht zuletzt mit den Auftrittsmöglichkeiten im Internet.

*Zweitens* – wie bereits entwickelt -: diese konkreten Projekte müssen in die Umriss eines alternativen Gesellschaftsprojekts der Linken eingebunden werden. Denn schon im Alten Testament/Sprüche Salomos 29/18 könnt ihr lesen: «Ein Volk ohne Vision geht zugrunde.»

Erst beides zusammengenommen – konkrete realitätsgerechte Politikangebote für machbare Reformschritte und ein zukunftsfähiges Gesellschaftsprojekt, das die einzelnen Projekte zu einem Ganzen vereint – ergibt eine revolutionäre Realpolitik wie Rosa Luxemburg sie forderte.

*Drittens*: Nur die Parteien werden Mehrheiten und Gestaltungsraum gewinnen, die Realpolitik im Alltag, ein Gesellschaftsprojekt mit dem Atem des Aufbruchs und die *Machtoption* zur Verwirklichung von beidem anbieten können.

Die entscheidende Bedingung dafür ist zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links. Im Programmentwurf wird das als die strategische Kernaufgabe der LINKEN auf außerparlamentarischer und parlamentarischer Ebene bezeichnet. Aber das reicht nicht aus, wenn es nicht gelingt, linksorientierte

Regierungskoalitionen zu erreichen, die sich durch Mehrheitsstimmungen zu einem Richtungswechsel der Politik gedrängt und ermächtigt sehen. Deshalb gewinnen breite Bündnisse, cross-over-Prozesse zwischen den Linkskräften von SPD, Grünen und der LINKEN, Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen und die Arbeit miteinander an einem gemeinsamen Gesellschaftsprojekt eine erstrangige Bedeutung. Professor Klaus Dörre schrieb, es gibt «nur eine glaubwürdige alternative Machtoption, ein rot-rot-grünes Bündnis mit tiefer Verankerung in der zivilen Gesellschaft» (pf 07/2010:27). Benjamin Hoff hat diese notwendige Verankerung in der Zivilgesellschaft zu Recht bekräftigt: «Es wird deshalb aus linker Perspektive nie eine wirklich gute Linksregierung geben. Weil zum Regieren immer gesellschaftliche und zuerst koalitionäre Kompromisse gehören. Deshalb ist die Überhöhung und Fokussierung auf ein mögliches rot-rot-grünes Regierungsbündnis weniger spannend als die Diskussion, die über ein radikal reformerisches gesellschaftliches Bündnis geführt werden müsste.» (Ebenda: 32)

Und wieder hebe ich hervor: Aus beidem zusammen wird ein Schuh – ein Schuh mit minimalem ökologischen Fußabdruck für Riesenschritte in eine Welt, in der wir leben wollen und in der alle Menschen menschenwürdig leben können.

Dieter Klein, Prof. Dr. rer. oec. Habil., Ökonom, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Herausgeber der Reihe «einundzwanzig» (dietz berlin), Mitglied des Willy-Brandt-Kreises und Vorstandsmitglied der Michael-Schumann-Stiftung.

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

## STANDPUNKTE 2010

- 01/2010  
INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität
- 02/2010  
DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan
- 03/2010  
ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan
- 04/2010  
BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:  
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken
- 05/2010  
PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA
- 06/2010  
LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität
- 07/2010  
PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft
- 08/2010  
BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen
- 09/2010  
ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit
- 10/2010  
WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug
- 11/2010  
ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum
- 12/2010  
Anforderungen an deutsche Friedenspolitik
- 13/2010  
PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik
- 14/2010  
MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit
- 15/2010  
ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen
- 16/2010  
JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam
- 17/2010  
ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments
- 18/2010  
CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»
- 19/2010  
ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken
- 20/2010  
HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel
- 21/2010  
Bürogemeinschaft nine2five: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren
- 22/2010  
RAINER RILLING: Welche politische Krise?
- 23/2010  
FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung
- 24/2010  
BODO RAMELOW: Es ist an der Zeit!
- 25/2010  
RICHARD HEIGL: Das Unbehagen am Staat
- 26/2010  
YVONNE PLOETZ, STEFAN KALMRING:  
Die Umweltkatastrophe am Golf von Mexiko und die ökologische Krise der bürgerlichen Moderne
- 27/2010  
JUDITH DELLHEIM: Statt «pro oder contra Wachstum» den sozialökologischen Umbau einleiten!
- 28/2010  
Auto.Kämpfe.Global.
- 29/2010  
KARL OTTO HENSELING: Die große Transformation
- 30/2010  
Auto.Mobil.Alternativen
- 31/2010  
ULRICH SCHACHTSCHNEIDER: Power to the people – drei mal!